

RA Christian Jelinski | Königstraße 30 | 30175 Hannover

**Christian Jelinski**

Rechtsanwalt  
Fachanwalt für Arbeitsrecht  
Fachanwalt für Verkehrsrecht

**Einwurf-Einschreiben**

Stadt Laatzen  
- Der Bürgermeister -  
Marktplatz 13

30880 Laatzen

EING. STADT LAATZEN  
17.08.2017 004353

Königstraße 30  
30175 Hannover  
Gerichtsfach 405  
Telefon: 0511.38892638  
Fax: 0511.3886831  
kanzlei@rechtsanwalt-jelinski.de

133/17C01

Bei Antwort und Zahlung bitte angeben

**Petition gem. § 34 NKomVG**

16.08.17 cj/fu

Sehr geehrte Damen und Herren,  
sehr geehrter Herr Bürgermeister,

ich habe die anwaltliche von Herrn Dr. Imre Lebovits, Budapest, übernommen. Die Bevollmächtigung wird anwaltlich versichert.

Mein Mandant wendet sich mit der nachfolgenden Petition an den Rat der Stadt Laatzen, um zu erreichen, dass seine Verwandten, Shoahüberlebende aus verschiedenen Ländern, wieder traumafrei nach Laatzen zu ihren Verwandten reisen können. Die vielen faschistisch und antisemitisch konnotierten Ereignisse der letzten fünf Jahre in Laatzen haben bei den Betroffenen, den Verwandten des Petenten, erhebliche psychische Belastungen verursacht und nicht unerheblich dadurch gesteigert, weil die Stadt Laatzen die faschistisch und antisemitisch konnotierten Ereignisse und Angriffe unkommentiert gelassen hat und im Juni 2017 auch nicht bereit war, den Erklärungen gegen den Antisemitismus des Deutschen Bundestages und des Niedersächsischen Landtages zuzustimmen.

Der Petent wird in einer ungarischen Publikation wie folgt vorgestellt:

*"Bei der Besetzung Ungarns war Imre Lebovits 15 Jahre alt. Vater und Bruder wurden in ein Arbeitslager verschleppt und kehrten nie zurück. Er und seine Mutter kamen in das Ghetto Tiszafüred, wo er Zwangsarbeit leisten musste. Seine Mutter wurde in Auschwitz ermordet. Er überlebte den Todesmarsch durch die Alpen nach Mauthausen und wurde dort 1945 befreit.*

*Imre ist Direktor im Ruhestand der Zentralbibliothek der Technischen Universität. Er lebt mit seiner Familie in Budapest und setzt sich für die moralische und finanzielle Anerkennung von ungarischen*

*schen Bürgern ein, die Juden während der Shoah gerettet haben."*

Der Petent ist als Nebenkläger und Zeuge in beiden Auschwitzprozessen in Lüneburg 2016 und in Detmold 2016 aufgetreten. Seine Berichte sind in deutschen Medien umfassend wiedergegeben worden. U.a.:

"

## *Holocaust-Opfer Imre Lebovits schildert der LZ seine Erlebnisse*

*Mit seiner Frau und seinem Anwalt besucht er die LZ-Redaktion und berichtet im Gespräch von seinen Erlebnissen*

*Detmold. Imre Lebovits ist ein agiler Mann mit wachen Augen. Wenn er einmal zu reden beginnt, ist er kaum zu stoppen. Mit seiner Ehefrau Eva und seinem Anwalt Dr. Donat Ebert ist er zum Besuch in die Redaktion der Lippischen Landes-Zeitung nach Detmold gekommen. Lebovits, der 70 seiner 80 engsten Verwandten im Vernichtungslager Auschwitz verlor, ist aus seiner Heimat Budapest nach Detmold gereist, weil er im SS-Prozess gegen Reinhold Hanning aussagen will. Er spricht nur ungarisch, sein Anwalt übersetzt im LZ-Gespräch. Und muss ihn immer wieder bremsen. Denn der 87-jährige ehemalige Universitäts-Dozent hat viel zu sagen. Er hatte Glück: Kurz bevor die Familie und rund 700 weitere Juden aus der Region am 8. Juni 1944 ins Vernichtungslager deportiert wurden, rettete ihm ein ungarischer Hauptmann das Leben. Er selektierte den damals 15-Jährigen zusammen mit vielen anderen jungen Menschen zur Zwangsarbeit in der ungarischen Armee. Dort war er an der Ostfront eingesetzt, baute Straßen und Schutzwälle: "Es war eigentlich erträglich", sagt er. Doch dann rückte im Dezember 1944 die Rote Armee vor. "Wir wurden mit 80 Juden in einen Waggon gesperrt und ins Burgenland transportiert", erinnert sich Lebovits. In einem Außenlager des Konzentrationslagers Mauthausen landet er schließlich - 750 Menschen hätten dort unter schlimmsten Bedingungen gelebt: "Es gab rohe Rüben als Verpflegung, und dann brach Flecktyphus aus."*

*Die Grausamkeit der Nazis waren dort an der Tagesordnung: „Der Lagerkommandant hat einen Jungen angesprochen, der in meinem Alter war: Er sagte: ‚Du bist aber ein hübscher Judenjunge.‘ Dann hat er einen Stock genommen und ihn totgeschlagen." Lebovits selbst, der auch an Fleck-Typhus erkrankte, überlebte, weil ihn seine Mithäftlinge versteckten und ihm der Zählappell erspart blieb. Die SS-Männer hätten die Kranken auf dem Appellplatz gezwungen, sich in den Schnee zu legen, „damit das Fieber verschwindet" - ihr Todesurteil. "Von den 750 überlebten gerade einmal 150", erzählt er.*

*Der 87-Jährige verschweigt nicht, dass die Ungarn willige Helfer der Nazis waren. Als die*

*Deutschen in Ungarn im März 1944 einmarschierten, machte er gerade eine Kürschner-Lehre in Budapest. Sein Lehrbetrieb wurde geschlossen, er kehrte zu seinen Eltern aufs Land zurück. Am 8. Mai hätte seine Familie die Wohnung verlassen und in eine alte Ziegelfabrik ziehen müssen, das fortan als Ghetto diente. Ungarische Fahndungsbeamte hätten die Juden dort gefoltert, um zu erfahren, wo sie Geld und Schmuck versteckt hatten, hätten Hebammen geholt, die nachschauen mussten, ob die Frauen etwas in ihrem Unterleib verbargen.*

*Dennoch seien die ungarischen Juden arglos gewesen und hätten gedacht, dass ihnen nichts passieren würde. Zum Beweis zitiert er aus einem Brief seiner Mutter an seinen sechs Jahre älteren Bruder, der im Arbeitsdienst war: „Unser Schicksal ist zwar entschieden worden, aber wir müssen nicht weg, wir müssen nur in die Ziegelei ziehen.“ Was sie nicht wusste: Genau einen Monat später wurde die Familie nach Auschwitz deportiert. „Unser Ortsvorsteher war ein Antisemit. Er hielt am Bahnhof eine Rede und rief: „Auf Wiedersehen als Dünger“, erzählt Lebovits. Seine Mutter, ihre Geschwister, Nichten und Neffen wurden direkt von der Rampe ins Gas geschickt. Sein Vater wurde zum Arbeitsdienst selektiert. Wie er in Auschwitz umkam, hat Imre Lebovits nie erfahren.*

*Als Imre Lebovits nach dem Krieg nach Hause zurückkehrte, traf er auch einige wenige KZ-Überlebende. Zwei Schwestern, die zwei Tage lang nackt in der Gaskammer standen, und doch nicht vergast wurden - weil gerade das Rote Kreuz zur Kontrolle kam. Auch ein Mädchen in seinem Alter, das schon in der Gaskammer stand: "Sie hatte Glück, weil sie nah am Eingang stand. Ein SS-Mann kam und holte sie und vier andere wieder raus - sie wurden zum Arbeitseinsatz gebraucht." - „Ich könnte noch viele Sachen erzählen“, sagt Imre Lebovits.*

*Die Juden seien zwischen 1920 und 1945 erst entrechtet und dann in den Tod geschickt worden. Quasi die ganze jüdische Landbevölkerung von Ungarn sei innerhalb von wenigen Wochen liquidiert worden. „Und der Hauptschuldige war Reichsverweser Miklós Horthy, der sagte, er gewähre in der Judenfrage freie Hand und mische sich nicht ein.“ Und die vielen, vielen willigen ungarischen Helfer dazu: "Ich will die Nazi-Verbrechen nicht beschönigen. Aber als Hitler Eichmann anrief, um zu fragen, ob er Hilfe für die Ungarn-Aktion brauche, hat der geantwortet, er brauche keine Hilfe, weil die Zusammenarbeit mit der Gendarmerie vor Ort so hervorragend laufe."*

*Imre Lebovits ist ein Mann der deutlichen Worte. Trotz seines Schicksals hegt er keinen Groll gegen die Deutschen, er fürchtete sich auch nicht, nach Deutschland zu kommen.*

*Über den Holocaust redet er erst seit etwa 20, 25 Jahren. 2007 veröffentlichte er ein Buch unter dem Titel "Judengesetze und Judenretter". Und 2010, als er zum Gedenken an die Reichskristallnacht nach Deutschland eingeladen worden war, besuchte er anschließend auch einige Schulen, um über den Holocaust zu sprechen.*

*In Deutschland, sagt Lebovits, habe die Politik "ein Klima geschaffen, der Geschichte ins Auge zu sehen".*

*In Ungarn ist das anders."*

Der Petent versteht seine Petition als eine Fortsetzung seiner schon seit vielen Jahren praktizierten Versöhnungstätigkeit.

Frau Staatsministerin Prof. Grütters, Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien hat an den Petenten hierzu kürzlich geschrieben:

"

*Sehr geehrter Herr Dr. Lebovits,*

*für Ihr Schreiben vom 26. April 2017, [ ... ]. dankt Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel Ihnen. Sie hat mich gebeten, Ihnen zu antworten.*

*Ihre Schilderungen, wonach es Sie mit Deutschland versöhnt habe, dass Ihr Zeugnis im Rahmen des Gerichtsverfahrens in Lüneburg im Jahr 2015 in ganz Deutschland veröffentlicht worden sei, hat Frau Bundeskanzlerin erfreut zur Kenntnis genommen.*

*Sie leisten als Zeitzeuge einen wichtigen und unverzichtbaren Beitrag zur Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit, indem Sie über das Erlebte sprechen, und zwar sowohl vor Gericht als auch in der Öffentlichkeit. Dafür verdienen Sie besondere Anerkennung.*

"

Als Verwandter von Frau Frankl, London, die sich wegen verschiedener antisemitisch ausgelegter Handlungen schon im Jahre 2014 an den Präsidenten des Deutschen Bundestages wie auch an den Präsidenten des Niedersächsischen Landtages gewandt hat und als Verwandter von Prof. Heller, USA, der sich mehrfach ab dem Jahre 2012 an Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel gewandt hat, war der Petent nicht nur wegen der schon benannten Handlungen betroffen, sondern insbesondere zutiefst bestürzt, dass die Totengedenksteine seiner Verwandten, Klára Frankl und Dr. Ernő Frankl, in Auschwitz und Mauthausen ermordet, im Jahre 2016 von einer Totengedenkstätte in der Stadt Laatzten entfernt worden sind, ohne dass hierzu eine öffentliche Verurteilung dieser antisemitischen Hetzhandlung durch die Stadt Laatzten und ihrer politischen Repräsentanten erfolgte.

Die fehlende Stellungnahme der Stadt Laatzten fördert nicht die Versöhnung.

**Der Petent bittet den Rat der Stadt Laatzten folgende Erklärung zu verabschieden.**

In Anerkennung der in der Drucksache 18/12784 „Antisemitismus entschlossen bekämpfen“

des Deutschen Bundestages und der in der Plenardebatte des Deutschen Bundestages am 21.06.2017 erörterten Grundsätze zum Umgang mit dem Antisemitismus wird im Einzelnen zunächst Folgendes zitiert:

*"1. Antisemitismus ist in einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft nicht hinnehmbar. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, Antisemitismus zu bekämpfen, und nicht nur die von Jüdinnen und Juden. Antisemitismus ist ein Problem, das die gesamte Gesellschaft angeht und nur durch gemeinsame Anstrengungen von Staat, Organisationen der Zivilgesellschaft und jeder einzelnen Bürgerin und jedem einzelnen Bürger nachhaltig angegangen und bekämpft werden kann. Mit Blick auf die deutsche Geschichte, die Vertreibung und millionenfache Ermordung von deutschen und anderen europäischen Jüdinnen und Juden während der Shoa, aber auch auf die aktuellen Zahlen zu antisemitischen Einstellungen sowie verbaler und tätlicher Gewalt ist es unser aller Verantwortung, Aufgabe und Verpflichtung, gegen Antisemitismus in seinen verschiedenen Erscheinungsformen entschieden vorzugehen und ihn entschlossen zu bekämpfen.*

*- Drucksache 18/12784 -*

*- Volker Beck (Köln), Monika Lazar, Luise Amtsberg, Marieluise Beck, Katja Dörner, Kai Gehring, Katja Keul, Sven-Christian Kindler, Renate Künast, Irene Mihalic, Özcan Mutlu, Dr. Konstantin von Notz, Corinna Rüffer, Ulle Schauws, Hans-Christian Ströbele -*

*2. Die Bekämpfung des Antisemitismus in all seinen Facetten ist unstrittig Konsens unter allen demokratischen Kräften in Deutschland, und es ist gut, wenn dies im Übrigen für alle Formen des Extremismus gilt. Der gemeinsame Kampf gegen Antisemitismus und Extremismus ist eine Selbstverständlichkeit und sollte es auch immer sein. Ja, ich würde sogar so weit gehen, zu sagen: Gerade der Kampf gegen Antisemitismus gehört zur Staatsräson der Bundesrepublik Deutschland.*

*- Dr. Günter Frings -*

*3. Antisemitismus ist eine menschenverachtende Ideologie. Sie erniedrigt Menschen nur, weil sie Jüdinnen und Juden sind. Die Nazis trieben sie zum Exzess, zum Völkermord, zum Holocaust. Ein Mahnmal unweit von unserem Parlament erinnert an diese deutsche Schande - zu Recht, zumal der Antisemitismus nicht aus der Welt ist, auch hierzulande nicht. Es gibt ihn am rechten Rand, aber auch inmitten der Gesellschaft. Das wollen und dürfen wir nicht hinnehmen.*

*- Petra Pau -*

*4. Antisemitismus, antisemitische Einstellungen und Überzeugungen sind in unserem Land, im Land der Täter, im Land der planmäßigen Auslöschung jeglichen jüdischen Lebens, noch immer verbreitet. Das hat der aktuelle Bericht des Expertenkreises Antisemitismus noch einmal ganz eindringlich vor Augen geführt.*

*Er zeigt, dass auch heute, 72 Jahre nach der Zerschlagung der NS-Diktatur, der Antisemitismus in Deutschland noch nicht überwunden ist. Die meisten von uns spüren das kaum, da sie persönlich nicht betroffen sind. Sie sind nicht Zeuge eines offenkundigen Antisemitismus oder versteckter Andeutungen, vermeintlicher Scherze. Der Antisemitismus liegt oft außerhalb unserer eigenen Erfahrungswelt, und doch ist er allgegenwärtig für Menschen jüdischen Glaubens.*

*In unserem Land jüdisch zu sein, bedeutet, damit rechnen zu müssen, angepöbelt zu werden, beleidigt, geschmäht zu werden; es bedeutet, schon aufgrund seines Namens damit rechnen zu müssen, unflätige Telefonanrufe und Hass-E-Mails zu erhalten. Und jüdisch zu sein, kann in Deutschland auch bedeuten, in der Schule und unter Jugendlichen ausgegrenzt zu werden, gemüht zu werden oder sogar körperlich bedroht zu werden.*

*Wenn mit antisemitischen Ressentiments politische Stimmung gemacht wird, wenn Menschen beleidigt oder sogar angegriffen werden, dann darf niemand wegschauen, dann darf niemand schweigen, und dann darf niemand so tun, als wenn Antisemitismus in unserem Land überwunden wäre.*

*Der Antisemitismus ist eine Kampfansage an uns alle, an unsere Werte, an unsere Demokratie und an unsere Freiheit. Es ist unsere Verantwortung, dafür zu sorgen, dass Deutschland ein weltoffenes Land bleibt, in dem Menschen unterschiedlicher Herkunft sowie unterschiedlicher religiöser und politischer Überzeugungen friedlich zusammenleben können.*

*- Dr. hc. Edelgard Bulmahn -*

*5. Der Bericht exploriert die jüdische Perspektive auf Antisemitismus. Die subjektive Wahrnehmung von Antisemitismus in unserer Gesellschaft durch Jüdinnen und Juden ist erschreckend. Ich kann das als Minderheitsangehöriger ein wenig nachvollziehen. Wenn viele von uns einmal einen antisemitischen Vorfall sehen, dann ist das eben nur einer. Für die Jüdin oder den Juden ist es vielleicht schon der dritte am Tag oder zumindest einer von mehreren in der Woche. Ein blöder Satz, eine dumme Bemerkung, ein Vorurteil - gar nicht böse gemeint -, aber es prägt die eigene Wahrnehmung der Umwelt.*

*Vielleicht kann es ja helfen, wenn man sich seines kulturellen Gepäcks bewusst wird, statt antisemitische Haltungen und Gedanken zu leugnen und kleinzureden. Wir dürfen bei der Bekämpfung des Antisemitismus nicht noch einmal versagen. Das sind wir der Verantwortung vor unserer Geschichte, das sind wir den Jüdinnen und Juden in Deutschland und in der Welt und unserer eigenen demokratischen Identität schuldig.*

*- Volker Beck -*

*6. Kollegen, besonders besorgniserregend empfinde ich im Lichte dieses aktuellen Berichts die Gemütslage unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger jüdischen Glaubens. 83 Prozent der Befragten befürchten, dass der Antisemitismus in den nächsten Jahren etwas oder stark zunehmen*

*wird. Über die Hälfte unserer jüdischen Mitbürger hat die Sorge, in den kommenden zwölf Monaten Opfer versteckter Andeutungen oder direkter verbaler Beleidigung zu werden. Sage und schreibe 37 Prozent unserer jüdischen Mitbürger befürchten, Opfer eines körperlichen Angriffs zu werden. Wir müssen diese Sorgen sehr ernst nehmen. Dieses Klima der Verunsicherung dürfen wir nicht hinnehmen.*

*- Stephan Mayer -*

*7. Überrascht und auch erschreckt hat mich die Diskrepanz zwischen den unterschiedlichen Erfahrungswelten in der Bevölkerung: Die meisten Nichtjuden sehen Juden Hass als historisch überwunden an. Sie reagieren mit Verharmlosungstendenzen und Einfühlungsverweigerung und sind sich dessen oft gar nicht bewusst. Für die große Mehrheit unserer jüdischen Mitbürger und Mitbürgerinnen ist Antisemitismus hingegen - meine Vorredner haben es schon erwähnt - eine alltägliche Erfahrung. Das betrifft nicht nur den Einzelnen, sondern immer auch seine gesamte Familie.*

*- Barbara Woltmann -*

*8. Es bestehen offensichtlich Probleme bei der öffentlichen Beschäftigung mit dem latenten Antisemitismus in unserer Gesellschaft. Der öffentliche Umgang mit Antisemitismus ist nicht zufriedenstellend. Es wird möglichst viel geschwiegen; denn wo aufgeklärt wird, da gibt es schnell mal einen schlechten Ruf. Das ist vielleicht einer der Gründe dafür, dass der Antisemitismus, der in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen anzutreffen ist, so lange ignoriert wurde. Daher bin ich froh, dass es jetzt eine öffentliche Auseinandersetzung mit dem Thema hier im Plenum des Deutschen Bundestages gibt. Damit machen wir über die Parteigrenzen hinweg klar, dass es mit uns keinen Antisemitismus geben wird und dass wir uns deutlich gegen jede Form von Antisemitismus aussprechen.*

*- Marion Wendt -"*

Der Rat der Stadt Laatzen möge folgenden Beschluss fassen:

**1. Antisemitismus hat in der freiheitlich-demokratischen Gesellschaft von Laatzen keinen Platz.**

**2. Den Erklärungen gegen den Antisemitismus des Deutschen Bundestages vom 25.02.2015 und des Niedersächsischen Landtages vom 02.02.2017 wird zugestimmt.**

**3. Die diesen Erklärungen gegen den Antisemitismus zugrunde liegenden Handlungen werden verurteilt.**

**4. Auf der Grundlage der Erklärungen zu 1. bis 3 werden zukünftig öffentliche antisemitische Handlungen in Laatzen wahrgenommen und öffentlich politisch bewertet.**

Wird dieser Beschluß gefasst, ermöglicht er, dass Shoahüberlebende wieder mit Zuversicht und ohne Furcht nach Deutschland und Laatzen zu ihren Verwandten zu reisen vermögen. Hierzu gehört insbesondere Frau Frankl, die im 10. Lebensjahrzehnt stehend, den dringenden Wunsch hat, weitgehend angstfrei die Familie ihrer Tochter mit ihren Enkelkindern und ihren Urenkelkindern besuchen zu können.

Mit freundlichen Grüßen



C. Jelinski  
Rechtsanwalt

Anlagen:

Erklärung gegen den Antisemitismus des Deutschen Bundestages vom 25.02.2017 in Deutsch und Englisch

Erklärung gegen den Antisemitismus des Niedersächsischen Landtages vom 02.02.2017

Zeitungsartikel "Der Ortsvorsteher rief: Auf Wiedersehen als Dünger", Lippische Landeszeitung vom 29.04.2016

Pet 2-18-02-1101-006107

Großbritannien

Deutscher Bundestag

### Beschlussempfehlung

1. Die Petition der Landesvolksvertretung von Niedersachsen zuzuleiten,
2. das Petitionsverfahren im Einzelfall abzuschließen.

### Begründung

Mit der Petition wird begehrt, dass der Bundestagspräsident und die Abgeordneten des Deutschen Bundestages die Äußerungen des Vorsitzenden des Rates der Stadt Laatzen sowie die Gedenkfeiern von Neonazis vor nationalsozialistischen Ehrenmälern unter der Schirmherrschaft des Bürgermeisters von Laatzen auf das Schärfste verurteilen.

Die Petentin führt in ihrer Eingabe aus, ihre Familie habe am 17. November 2013 ein Plakat mit den Worten des Gebets "El male rachamim" (Gott voller Erbarmen) zum Gedenken an den Holocaust gezeigt. Die Reaktion des Vorsitzenden des Rates der Stadt Laatzen sei gewesen, dass ihre Familie und das Plakat als "erbärmlich" bezeichnet worden sei. Hierin sei nicht nur eine Beleidigung ihrer Familie, sondern auch eine Beleidigung des jüdischen Volkes zu sehen. Ihre Familie sei schon zuvor bedroht und ihr Haus mit schwarzer Farbe beschmiert worden.

Die Petentin führt weiter aus, sie sei selbst Holocaust-Überlebende und könne aufgrund ihrer nun wieder erwachenden Traumatisierung ihre Familie nicht in Deutschland besuchen. Sie fordert, dass der Präsident des Deutschen Bundestages und die Abgeordneten die Äußerungen des Vorsitzenden des Rates der Stadt Laatzen sowie die Gedenkfeiern von Neonazis vor nationalsozialistischen Ehrenmälern unter der Schirmherrschaft des Bürgermeisters von Laatzen aufs Schärfste verurteilen.

Weiterhin kritisiert die Petentin, dass die Bundesregierung und die niedersächsische Landesregierung diesbezüglich keine Verantwortung übernehmen. Außerdem habe der Bürgermeister von Laatzen die Eingaben ihrer Familie seit zwei Jahren nicht be-

noch Pet 2-18-02-1101-006107

antwortet. Nach ihrer Überzeugung sei es auch in Deutschland durchaus möglich, ein Gremium zu schaffen, welches bezüglich seiner Aufgabenstellung der in Großbritannien eingesetzten Holocaust-Kommission ähnele. Außerdem betont sie, die Petition ergehe auch im Namen ihrer Tochter, die in Laatzten wohnhaft sei.

Zu den Einzelheiten des Vortrages wird auf die mit der Petition eingereichten Unterlagen verwiesen.

Der Petitionsausschuss hat den vorgetragenen Sachverhalt unter Zugrundelegung der relevanten Sachzusammenhänge geprüft. Das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung lässt sich wie folgt zusammenfassen:

Der Petitionsausschuss stellt fest, dass sich das vorgetragene Anliegen letztlich darauf richtet, dass der Deutsche Bundestag eine politische Resolution erlassen möge, mit der alle Kommunen (auch alle Gemeinde-, Städte- und Landkreistage) Deutschlands aufgefordert werden, in einen Reflexionsprozess einzutreten, der den Aussagegehalt des gegenwärtigen Volkstrauertagsgedenkens, seiner Gedenkfeiern an Kriegerdenkmalen, Ehrenmalen, Mahn-, Opfer- und Trauermalen in Anwendung politischer und ethischer Kriterien überprüft.

Weiterhin unterstreicht der Petitionsausschuss, dass das von der Petentin genannte Ehrenmal in Laatzten und die dort stattfindenden Gedenkveranstaltungen in kommunaler Verantwortung liegen. Für ein Petitionsbegehren im Zusammenhang mit den zuständigen örtlichen Gremien in Laatzten wäre hier die Zuständigkeit des Petitionsausschusses des niedersächsischen Landtags gegeben.

Ungeachtet dessen unterstreicht der Ausschuss, dass es in Gänze außer Frage steht, dass Antisemitismus in unserer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft nicht hinnehmbar ist. Antisemitismus ist ein Problem, das alle angeht. Das entschlossene Vorgehen gegen jede Form des Antisemitismus zu fördern ist Pflicht der Politik.

Hierbei stehen Kommunen, Länder und der Bund in der Verantwortung. Zu diesem Zweck wurde in der Vergangenheit u.a. ein Expertengremium aus Wissenschaftlern

noch Pet 2-18-02-1101-006107

und Praktikern beauftragt, einen Bericht zum Antisemitismus in Deutschland zu erstellen und dabei Empfehlungen zu geben, wie Programme zur Bekämpfung von Antisemitismus entwickelt bzw. weiterentwickelt werden können.

Der Bericht dieses Expertenkreises ist im Herbst 2011 abgeschlossen worden. Das Ergebnis dieser zweijährigen Arbeit ist ein umfangreicher und gründlicher Bericht, der auf Bundestags-Drucksache 17/7700 dargelegt ist. Der Petentin ist ein Abdruck dieses Berichts zur Verfügung gestellt worden.

Zu den von der Petentin geforderten Positionsbeziehungen seitens des Deutschen Bundestages verweist der Ausschuss weiterhin auf den interfraktionellen Antrag auf Drucksache 17/13885, in welchem zu dem Petikum umfassend Stellung genommen wird. Ergänzend nimmt der Petitionsausschuss auf die Beratung dieses Antrages im Deutschen Bundestag (Plenarprotokoll 17/197, S. 23731 ff.) Bezug.

Nach dem Dargelegten beschließt der Petitionsausschuss zu empfehlen, die Eingabe an die Landesvolksvertretung von Niedersachsen zu verweisen, soweit die Petition auf die Vorgänge im Zusammenhang mit der Gedenkfeier der Stadt Laatzen Bezug nimmt, und das Petitionsverfahren im Einzelfall abzuschließen.

Pet 2-18-02-1101-006107

United Kingdom

German Bundestag

Recommendation for a decision

1. To forward the petition to the *Land* Parliament of Lower Saxony;
2. to conclude the petition proceedings in this case.

Statement of reasons

The petition requests that the President of the Bundestag and the Members of the German Bundestag condemn in the strongest terms the remarks made by the chairman of Laatzen town council, as well as the commemorations by neo-Nazis in front of National Socialist monuments under the leadership of the mayor of Laatzen.

The petitioner states in her submission that on 17 November 2013 her family showed a banner with the words of the prayer "El male rachamim" (God full of compassion) in remembrance of the Holocaust. The chairman of Laatzen town council reportedly reacted by describing her family and the banner as "*erbärmlich*" ("pathetic"). The petitioner writes that this was not only an insult to her family, but also an insult to the Jewish people. Her family had previously been threatened and their house defaced with black paint.

The petitioner goes on to say that she herself is a Holocaust survivor and is unable to visit her family in Germany due to her now reawakened trauma. She calls for the President and Members of the German Bundestag to condemn in the strongest terms the remarks made by the chairman of Laatzen town council, as well as the commemorations by neo-Nazis in front of National Socialist monuments under the leadership of the mayor of Laatzen.

The petitioner also criticises the Federal Government and the government of Lower Saxony for rejecting their competence regarding this matter. In addition, she states that the mayor of Laatzen has not answered her family's petitions for two years. In her view, it would be entirely possible to establish an institution in Germany with a similar function to the Holocaust Commission founded in the UK. Additionally, she notes that the petition is submitted also in the name of her daughter, who lives in Laatzen.

Regarding the details of the matter, please see the documents submitted with the petition.

The Petitions Committee has examined the matter presented to it, taking into account the relevant context. The outcome of the parliamentary examination can be summarised as follows:

The Petitions Committee finds that the petition's ultimate aim is for the German Bundestag to adopt a political resolution calling on all local authorities in Germany (including all municipal, town, city and county councils) to engage in a process of reflection in which they review, using political and ethical criteria, the message conveyed by the current

Pet 2-18-02-1101-006107 (cont'd)

commemoration of the Day of National Mourning and the acts of remembrance held at war memorials, monuments and memorials.

The Petitions Committee also underlines that the monument in Laatzen referred to by the petitioner and the commemorations held there fall within the responsibility of the local authority. A petition concerning the local bodies responsible in Laatzen would be a matter for the Petitions Committee of the *Land* Parliament of Lower Saxony.

Regardless of this, the Committee underlines that the unacceptability of anti-Semitism in our free, democratic society is completely beyond question. Anti-Semitism is a problem which concerns us all. Policy-makers have a duty to promote resolute action against all forms of anti-Semitism.

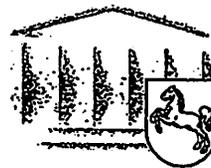
Local authorities, the *Länder* and the Federation all have a responsibility in this context. Past measures taken to fulfil this responsibility have included the establishment of an expert body made up of academics and practitioners to produce a report on anti-Semitism in Germany and make recommendations on drawing up and further developing programmes to combat anti-Semitism.

The report of this expert body was completed in the autumn of 2011. The result of two years of work, this lengthy and exhaustive report is contained in Bundestag printed paper 17/7700. A copy of the report has been made available to the petitioner.

With regard to the petitioner's request for the German Bundestag to state its position, the Committee calls attention to the cross-party motion in printed paper 17/13885, which sets out a comprehensive position on the subject of the petition. Additionally, the Petitions Committee calls attention to the consideration of this motion in the German Bundestag (record of plenary proceedings 17/197, p. 23731 et seq.).

On the basis of the points set out above, the Petitions Committee decides to recommend that the petition be forwarded to the *Land* Parliament of Lower Saxony, insofar as it refers to events connected with the commemoration in the town of Laatzen, and that the petition proceedings be concluded in this case.

Der Präsident des Niedersächsischen Landtages



Frau  
Bernadette Gottschalk  
Engerode 90  
30880 Laatzen-Alt-Laatzen

Ansprechpartner/in: Herr Rasche  
Durchwahl: 0511 3030-2151  
Eingabenummer: 01685/11/17

02.02.2017

Ihre Eingabe betr.

- a) *Sicherung des Gedenkens an die Ermordeten des Naziregimes,*
- b) *Kommunikation von Bürgern mit kommunalen Mandatsträgern,*
- c) *Unterhaltung von Gedenkstätten durch die Stadt Laatzen*

Sehr geehrte Frau Gottschalk,

der Petitionsausschuss hat Ihre Eingabe in seiner nicht öffentlichen Sitzung am 25.01.2017 beraten und dem Landtag dazu den nachfolgenden Beschluss empfohlen:

- 1. Antisemitismus hat in unserer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft keinen Platz. Der Niedersächsische Landtag wendet sich gegen jedwede Form antisemitischer Betätigung und zollt denjenigen Respekt, die sich bemühen, auf die politischen wie auch gesellschaftlichen Gefahren aufmerksam zu machen.**
- 2. Mit Blick auf die Gestaltung und Pflege von Ehrenmalen und Gedenksteinen und die aus Anlass von Gedenktagen dort jeweils stattfindenden öffentlichen Gedenkveranstaltungen stellt der Niedersächsische Landtag fest, dass es vorrangig Aufgabe der kommunalen Gremien und der örtlich tätigen Vereinigungen und Kirchen ist, auf eine Gestaltung hinzuwirken, die ein würdiges Gedenken an alle Opfer ermöglicht und nicht ausgrenzt.**
- 3. Im Übrigen kann und wird sich der Niedersächsische Landtag nicht zu den persönlichen Ansichten und dem Vorgehen der Einsender im Einzelnen äußern.**

Der Landtag ist dieser Empfehlung, die aus der Landtagsdrucksache 17/7290 zu ersehen ist, in seiner Sitzung am 02.02.2017 gefolgt. Damit ist die parlamentarische Behandlung der Eingabe abgeschlossen.

/ Ein Merkblatt, in dem die Beschlussmöglichkeiten des Landtages zu Eingaben nochmals kurz erläutert werden, liegt bei.

Mit freundlichen Grüßen

In Vertretung

  
Vizepräsident

# „Der Ortsvorsteher rief: Auf Wiedersehen als Dünger“

**Zeugenaussage:** Imre Lebovits aus Ungarn berichtet in Detmold über das Schicksal seiner Familie, die in Auschwitz starb.

Er verhehlt auch nicht die Grausamkeiten der ungarischen Nazi-Helfer, die den Massenmord an Juden erst möglich machten

Von Silke Buhrmester

■ Detmold. 70 seiner 80 engsten Verwandten wurden in Auschwitz ermordet. Imre Lebovits (87) hatte Glück. Kurz bevor die Familie und rund 700 weitere Juden aus der Region am 8. Juni 1944 ins Vernichtungslager deportiert wurden, rettete ihm ein ungarischer Hauptmann das Leben. Er selektierte den damals 15-jährigen zusammen mit vielen anderen jungen Menschen zur Zwangsarbeit in der ungarischen Armee. Der ehemalige Universitäts-Dozent, der heute in Budapest lebt, hat beim Auschwitz-Prozess gegen Reinhold Hanning in Detmold ausgesagt.

Die Grausamkeit der Nazis erlebte er als Teenager Anfang 1945 in einem Nebenlager von Mauthausen, in das er zusammen mit anderen Zwangsar-

beitern deportiert worden war: „Der Lagerkommandant hat einen Jungen angesprochen, der in meinem Alter war. Er sagte: ‚Du bist aber ein hübscher Judenjunge.‘ Dann hat er ihn mit einem Stock totgeschlagen.“ Lebovits selbst, der wie fast alle Lagerinsassen an Fleck-Typhus erkrankte,

überlebte nur, weil ihn seine Mithäftlinge versteckten und ihm der Zählappell erspart blieb. Die SS-Männer hielten die Kranken auf dem Appellplatz gezwungen, sich in den Schnee zu legen, „damit das Fieber verschwindet“ – das Todesurteil.

Der Zeuge verschweigt

nicht, dass die Ungarn willige Helfer der Nazis waren. Als die Deutschen in Ungarn im März 1944 einmarschierten, machte er gerade eine Kürschner-Lehre in Budapest. Sein Lehrbetrieb wurde geschlossen, er kehrte zu seinen Eltern aufs Land zurück. Am 8. Mai hätte seine Familie die Wohnung verlassen und in eine alte Ziegelei ziehen müssen, das fortan als Ghetto diente. Ungarische Fahndungsbeamte hätten die Juden dort gefoltert, um zu erfahren, wo sie Geld und Schmuck versteckt hatten. „Die ungarischen Juden waren arglos“, sagt er und zitiert zum Beweis aus einem Brief seiner Mutter an seinen sechs Jahre älteren Bruder, der im Arbeitsdienst war: „Unser Schicksal ist zwar entschieden worden, aber wir müssen nicht weg, wir müssen nur in die Ziegelei ziehen.“ Was sie nicht

wusste: Genau einen Monat später wurde die Familie nach Auschwitz deportiert. „Unser Ortsvorsteher war ein Antisemit. Er hielt am Bahnhof eine Rede und rief: ‚Auf Wiedersehen als Dünger!‘“, erzählt Lebovits. Seine Mutter, ihre Geschwister, Nichten und Neffen wurden direkt von der Rampe ins Gas geschickt.

Als Imre Lebovits später nach Hause zurückkehrte, traf er auf wenige KZ-Überlebende. Zwei Schwestern, die zwei Tage lang nackt in der Gaskammer standen, und doch nicht vergast wurden – weil gerade das Rote Kreuz zur Kontrolle kam. „Ich könnte noch viele Sachen erzählen“, sagt der Zeuge. Die Juden seien zwischen 1920 und 1945 erst entrechtet und dann in den Tod geschickt worden. „Und der Hauptschuldige war Reichsverweser Miklós Horthy.“



Holocaust-Opfer aus Ungarn: Imre Lebovits (87) sagt beim Detmolder Auschwitz-Prozess aus.

FOTO: DPA